



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 27. Mai 2026

131. 2025/502

**Postulat von Hannah Locher (SP), Moritz Bögli (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025:
Bericht über den Schutz der Menschen in der Stadt vor transnationaler Repression**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hannah Locher (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5326/2025):
Sich politisch engagieren, seine Meinung frei äussern und seine Grundrechte ohne Angst vor Einschüchterung oder Überwachung wahrnehmen zu können – das sollte in einem demokratischen Land und in der Stadt Zürich eigentlich selbstverständlich sein. Doch genau das ist für gewisse Menschen auch hier nicht der Fall. Internationale Berichte und Untersuchungen zeigen seit mehreren Jahren, dass autoritäre Staaten versuchen, auch ausserhalb ihrer Landesgrenzen Einfluss auf regimekritische oder oppositionelle Personen auszuüben. Betroffen sind insbesondere Exilgemeinschaften, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Journalistinnen und Journalisten sowie politisch engagierte Personen. Diese Form der grenzüberschreitenden Einschüchterung ist auch unter dem Begriff «transnationale Repression» bekannt. Der Bundesrat hat das Problem letztes Jahr zum ersten Mal ausführlich in seinem Bericht zur Situation von tibetischen und uigurischen Personen in der Schweiz untersucht. Dieser Bericht ist bemerkenswert deutlich ausgefallen. Der Bundesrat hält fest, dass auch Menschen in der Schweiz von solcher Repression betroffen sind. Er schreibt, dass transnationale Repression Grundrechte einschränkt und Auswirkungen auf unsere Demokratie und den Rechtsstaat haben kann. Beschrieben werden Überwachung, Einschüchterung, die Beobachtung politischer Aktivitäten, der Druck auf Angehörige im Herkunftsland und ein Klima der Angst innerhalb der betroffenen Communities. Dies führt dazu, dass Betroffene sich selbst zensieren und auf politische Aktivitäten oder öffentliche Äusserungen verzichten, weil sie Konsequenzen für sich selbst oder ihre Familie befürchten. Sie werden also in ihren Grundrechten eingeschränkt. Der Bundesrat hält in seinem Bericht fest, dass es sich nicht um isolierte Einzelfälle handelt. Seit mehreren Jahren dokumentieren auch Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Schweizerische Flüchtlingshilfe Fälle von Überwachung und Einschüchterung von Diaspora-Gemeinschaften in der Schweiz und in Europa. Die Organisation «Voices» arbeitet direkt mit Betroffenen zusammen, macht seit Jahren auf transnationale Repression in der Schweiz aufmerksam und versucht, die



Stimmen und Erfahrungen der Betroffenen in die öffentliche Diskussion einzubringen. «Voices» fordert, dass die politischen Instanzen jetzt handeln. Die Berichte, Recherchen und Erfahrungen zeigen, dass das Problem schon länger besteht und unterschiedliche Formen annehmen kann. Gerade weil sich transnationale Repression oft im Verborgenen abspielt, braucht es mehr Aufmerksamkeit für das Thema, auch auf kommunaler Ebene. Der Bundesrat hat das Problem mit seinem Bericht anerkannt, spricht von Sensibilisierungs- und Koordinationsbedarf und hat das zuständige Departement damit beauftragt. Gleichzeitig kritisieren gewisse organisierte Diasporagruppen und NGO, dass konkrete Massnahmen bisher viel zu langsam umgesetzt werden. Betroffene wissen zum Beispiel immer noch nicht, an wen sie sich wenden können. Mit diesem Postulat möchten wir den Stadtrat dazu auffordern, eine departementsübergreifende Auslegeordnung und einen Aktionsplan zu erarbeiten. Wie kann die Stadt Zürich transnationale Repression besser erkennen, Betroffene unterstützen und bestehende Lücken schliessen? Das kann bspw. mit Anlaufstellen oder durch Sensibilisierung bei den zuständigen Abteilungen erfolgen. Bei der Ausarbeitung möglicher Massnahmen ist es uns äusserst wichtig, dass die organisierte Diaspora aktiv einbezogen wird. Die Stadt soll bei diesem Thema eng mit ihr zusammenarbeiten, um transnationale Repression besser zu erkennen und zu bekämpfen und gleichzeitig negative Nebeneffekte oder zusätzliche Repressionsrisiken für die betroffene Diaspora zu verhindern. Die Verantwortung liegt nicht nur bei der Stadt Zürich; Bund und Kanton müssen ebenfalls aktiv werden. Aber die Vorfälle passieren nicht abstrakt auf Bundesebene, sie passieren hier. Es wäre aus unserer Sicht problematisch, an der Seitenlinie zu stehen, wenn Menschen, die in unserer Stadt leben, von solchen Formen der Repression betroffen sind. Wir müssen diese Problematik ernst nehmen.

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Transnationale Repression ist real. Das weiss jeder, der sich mit autoritären Regimen auseinandergesetzt hat. Der Bundesrat hat bereits im Jahr 2020 einen Bericht dazu vorgelegt. Es ist also alles längst bekannt. Es gab Diasporagruppen, die wenig Probleme verursachten, bspw. die der Tschechoslowaken oder der Ungarn. Heute ist das leider nicht mehr der Fall. Vor allem Eritrea sticht hier hervor. Regimeanhänger aus Eritrea haben keine rechtliche Basis, um hier zu sein. Dies zeigt exemplarisch das Vollversagen des zuständigen Bundesrats und Sozialisten BR Beat Jans, der das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) leitet. Das Postulat fordert, dass sich die Stadt Zürich als kleiner Geheimdienst und Aussenpolitikersatz mit eigenem departementsübergreifendem Bericht, Aktionsplan, Meldestellen, Schulungen und schnellen Schutzmechanismen aufspielt. Das ist überflüssig, teuer und gefährlich. Erstens handelt es sich um die falsche Ebene. Spionage, Einflussnahmen und Repressionen sind ausschliesslich Bundessache. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB), fedpol und das Aussendepartement (EDA) sind hier zuständig. Die Stadt Zürich hat weder die Kompetenzen noch die Kanäle. Wir schaffen damit nur eine weitere nutzlose Parallelstruktur auf Kosten der Steuerzahler. Zweitens sind es die falschen Prioritäten. Zürich kämpft mit Wohnungsnot, Vermüllung und dem Verlust der Sicherheit, wie wir im Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) verfolgen konnten. Statt diese eigenen Probleme zu lösen, sollen städtische Beamte Zeit und Geld in



Sensibilisierungsworkshops und Diaspora-Dialoge stecken. Das ist pure Verschwendung. Drittens gibt es ein ideologisches Missbrauchspotenzial. Eine städtische Meldestelle wird zwangsläufig zum politischen Instrument. Wer definiert, was Repression ist? Etwa Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) mit ihrer «Gutmensch-Frieda-NGO»? Ganz sicher nicht. Welche Diaspora-Gruppe wird angehört, welche nicht? Solche NGO-Strukturen laden zu einer selektiven Wahrnehmung und linker Klientelpolitik ein. Viertens ist es reine Selbstüberschätzung. Die Stadt kann keine ausländischen Agenten stoppen, keine diplomatischen Noten schreiben und niemanden wirksam schützen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt sich selbst und den Betroffenen etwas vor. Das Postulat ist klassische linke Symbolpolitik: Ein echtes Problem erkennen, dann auf der falschen Ebene mit den falschen Mitteln teure Bürokratie aufbauen. Die SVP sagt Nein zur Verschwendung, Nein zur Zuständigkeitsanmassung und Nein zu ideologischer Selbstbefriedigung und «Gutmenschentum».

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Stählin (GLP): *Ich bin schockiert, dass ich das sagen muss, aber Menschenrechte sind universell und gelten für alle Menschen, nicht nur für diejenigen, die einem genehm sind. Transnationale Repression findet auch hier statt, das haben auch Sie festgestellt. Der Bericht der Universität Basel und der Bericht des Bundesrats, der ein paar Jahre später erschien – nicht im Jahr 2020 – haben gezeigt, dass Massnahmen nötig sind. Der Bundesrat hat das EJPD zusammen mit dem Sicherheitsverbund Schweiz beauftragt, Massnahmen zu formulieren und umzusetzen, vor allem auf kantonaler Ebene. Da sind wir einig, dass dies die richtige Flughöhe ist. Auf kommunaler Ebene macht es aber durchaus Sinn, transnationale Repression zu erkennen und die Behörden darauf zu sensibilisieren. Das ist Teil des Massnahmenpakets, das das EJPD erarbeiten muss. Wir sollten auf die dortigen Ergebnisse warten, bevor wir mit einem Aktionsplan in Eigenregie weiterfahren. Wir haben den Postulant*innen folgende Textänderung vorgeschlagen: Wir streichen die Wörter «und einen Aktionsplan» heraus und ergänzen stattdessen «die Zusammenarbeit mit dem EJPD sowie den betroffenen Diasporagemeinschaften». Der Rest bleibt gleich. Leider haben sich nicht alle Postulant*innen kooperationsbereit gezeigt. Gerade bei einem so wichtigen Thema ist es sehr enttäuschend, dass wir keine gemeinsame Basis finden. Wir wollen der Überweisung des Postulats nicht im Weg stehen, weil es Menschen betrifft – Menschen, die unter uns leben. Wir vertrauen darauf, dass sich der Stadtrat dennoch mit dem EJPD und dem Sicherheitsverbund Schweiz koordiniert.*

Andreas Egli (FDP): *Wir haben das Postulat geprüft und sind im Ergebnis zu ganz ähnlichen Überlegungen wie die GLP gekommen: Der Bund hat das Problem offenbar erkannt. In der Stadt und in den Gemeinden ist man sich dessen vielleicht noch etwas zu wenig bewusst und hat keine klare Übersicht, wo genau das Problem liegt und was die Möglichkeiten und Mittel der Stadt sind. Wir hätten wie die GLP den Textänderungsvorschlag, den wir in die Runde gebracht haben und der leider abgelehnt wurde, bevorzugt. Man sollte zuerst eine Problemanalyse machen: Was steht da? Was ist das Problem? Was könnten die Mittel sein, die helfen? Man könnte dann entscheiden, welche Mittel man aufwenden will, um diese Probleme zu lösen. Vielleicht gibt es an dem einen oder*



anderen Ort sogar Schwerpunkte, wo wir mehr Mittel einsetzen möchten, und an anderen Orten etwas weniger. Ein gross angelegter Aktionsplan, bei dem viel NGO-Kraft dahintersteckt, ist immer ein bisschen das Gleiche und führt in der Stadt Zürich oftmals zu vielen zusätzlichen städtischen Angestellten. Sicher ist alles gut gemeint, aber es entstehen leicht kleine Blasen. In der Begründung des aktuellen Postulats wird zwar eine Zusammenarbeit mit der Polizei erwähnt, aber es fehlt der Bezug zum NDB. Das Ergebnis könnte in allen Fällen sein, dass die Stadt Zürich besser mit dem Nachrichtendienst zusammenarbeiten muss – im Sinn von mehr Polizistinnen und Polizisten, die für die Koordination mit dem NDB abgestellt werden, damit man wirklich eingreifen kann. Denn es heisst nicht «transnationale Belästigung», sondern «transnationale Gewalt». Dort ist in der Regel die Polizei die Instanz, die das Gewaltmonopol hat. Es nützt nichts, wenn man jemandem, der von Agenten fremder Staaten schwer bedroht wird, die ihre Staatsbürger*innen im Ausland daran hindern wollen, frei ihre Meinung zu äussern oder mit anderen Staaten zu kooperieren, einfach einen Sozialarbeiter zur Seite stellt. Darum finden wir, man braucht zuerst eine saubere Analyse des Problems und der Möglichkeiten, dann kann man entscheiden. Da der Textänderungsantrag für einen ersten Bericht vor dem eigentlichen Aktionsplan abgelehnt wird, können wir das Postulat so nicht unterstützen.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann mich meinen beiden Vorrednern vollumfänglich anschliessen. Auch wir haben diskutiert, dass es eigentlich nicht in erster Linie in der Zuständigkeit der Stadt Zürich liegt, diese Problematik anzugehen. Auch wir haben erkannt, dass der Bund bereits dran ist. Wir sehen durchaus die besondere Betroffenheit eines grossen Anteils der Stadt Zürich und damit eine speziellere Situation. Den Textänderungsantrag, der letztendlich von der GLP kam und den auch die FDP schon angekündigt hat, begrüessen wir sehr. Wir haben diskutiert, was wir machen, wenn der Textänderungsantrag abgelehnt wird – was leider schon zu befürchten war, weil sie auch so eine Mehrheit haben. Wir bedauern das. Wir sehen aber die Thematik der transnationalen Repression durchaus als relevantes Thema und möchten dazu nicht Nein sagen. Auch wenn – und da schliesse ich mich der GLP an – wir das sehr stark mit dem Anliegen an den Stadtrat überweisen, dies zuerst zu analysieren und mit dem EJPD anzuschauen. Man soll nicht in einen Aktionismus verfallen, sondern nur dort aktiv werden, wo es wirklich nötig ist und wo vom Bund nichts kommt oder die Stadt Zürich speziell betroffen ist.

Moritz Bögli (AL): Ich bin nach all diesen Worten sehr froh, dass das Problem, das wir mit diesem Vorstoss anzugehen versuchen, unumstritten ist. Das ist ein wichtiges Signal an alle Betroffenen in der Stadt Zürich. Ich glaube – und da liegt der grosse Fehler der SVP –, dass es hier zutiefst um ein Problem geht, das die Menschen in dieser Stadt betrifft: Menschen, die hier leben, die Teil dieser Stadt sind und von solcher Repression betroffen sind. Die Kompetenzen auf verschiedenen Ebenen wurden angesprochen. Natürlich ist es so, wie Hannah Locher (SP) in ihrer Vorstellung schon betont hat, dass der Bund und der Kanton da absolut mehr machen müssen. Aber auch die Stadt Zürich hat eine Verantwortung gegenüber ihrer Bevölkerung, um diese bestmöglich zu schützen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die Stadt Zürich durchaus Kompetenzen hat – und ja, das heisst natürlich auch eine Zusammenarbeit mit dem Bund. Trotzdem haben wir – um



5 / 5

dem Vorwurf der FDP zu widersprechen – sehr absichtlich nicht nur die Polizei damit ansprechen wollen. Die Menschen brauchen auf verschiedensten Ebenen und in verschiedenster Art Unterstützung. Das kann und wird oft die Polizei sein, muss es aber nicht. Es ist wichtig, dass man die Problematik stadtverwaltungsübergreifend angeht. Warum wir die Textänderung so kritisch sehen: Wir empfinden es nach dem sehr ausführlichen Bericht des Bundesrats nicht als nötig, nochmals die gleichen Schlüsse mit einem weiteren Bericht zu ziehen. Der Bundesrat hat das mit seinem Bericht genügend dargelegt. Dieses Postulat ist ein wichtiges Zeichen für die Betroffenen in der Stadt wie in der Schweiz.

Yves Henz (Grüne): *Auch ich und wir von den Grünen sind erfreut, dass das Anliegen und der Kampf gegen die transnationale Repression in diesem Rat eine breite Unterstützung geniessen – auch wenn es schade ist, dass man den Schritt von «darüber reden» zu «etwas machen» nicht vollzieht. Ich denke auch, dass es, wie im Postulat gefordert, zentral ist, mit der organisierten Diaspora zusammenzuarbeiten. Es darf auf keinen Fall so sein, dass ein Schutzprojekt für die Diaspora vor dieser transnationalen Repression sich in ein Kontrollprojekt umwandelt. Wir alle wissen, dass die Diaspora nicht nur die besten Erfahrungen mit Polizei oder Justizdepartement gemacht hat. Darum ist es wichtig, eng mit den Diasporagruppen zusammenzuarbeiten, um ihre Probleme zu lösen und nicht zu verschlimmern. Ich schliesse mit einem Satz als Replik auf die SVP: Doch, die Probleme und die Sicherheit aller Menschen in dieser Stadt sind unser Problem.*

Das Postulat wird mit 77 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat